

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 49 (1957)

**Heft:** 2

**Artikel:** Die Wiedergeburt der "Sowjets"

**Autor:** Allemann, F.R.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-353783>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 24.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Wiedergeburt der «Sowjets»

Wir entnehmen diesen Artikel unseres Landsmannes F. R. Allemann — mit seiner freundlichen Erlaubnis — der in Berlin erscheinenden internationalen Zeitschrift «Der Monat», die im Januar 1957 ihre 100. Nummer herausgebracht hat, und auf die wir unsere Leser sehr angelebentlichst aufmerksam machen. (Auslieferung in der Schweiz durch die Buchhandlung Oprecht, Rämistraße 5, Zürich.)

Redaktion «Gew. Rundschau»

Früher brauchte es Jahrhunderte, um Begriffe zur völligen Substanzlosigkeit zu zerschleifen oder gar in ihr Gegenteil umzuwerten. Die Seeleningenieure der Sowjetunion haben auch diesen Vorgang rationalisiert. Sie haben es — unter anderem — im Laufe weniger Jahrzehnte geschafft, daß fast nur noch der Spezialist sich an den ursprünglichen Sinn und Gehalt des Namens erinnert, mit dem sich der «erste Staat der Arbeiter und Bauern» schmückt, der die Arbeiter vereendet und die Bauern enteignet hat. Was ist die Sowjetunion? Wörtlich, philologisch: der Verband der Räte. Sachlich, politisch: die totale Verneinung und Zerstörung dessen, was einst diese «Räte» waren und wollten.

Wir wissen es, sicherlich — wenn wir uns angestrengt zurückbesinnen auf die Zeit, da die Bolschewisten Lenins unter der Losung «Alle Macht den Räten» zur Eroberung dieser Macht für die Kommunistische Partei ansetzten. Und doch geht uns heute ganz leicht und ohne inneres Zögern der Satz über die Lippen, Kadar habe unter dem Schutz der «Sowjets» seinen Vernichtungsfeldzug gegen die ungarischen Arbeiterräte eingeleitet, und die «Sowjets» hätten die ungarische Revolution niedergeschlagen. Es ist sinnlos, gegen die Sinnwidrigkeit dieses Sprachgebrauchs anzukämpfen; er ist da, und er läßt sich nicht mehr ausrotten. Und doch enthält er eine Lüge mehr. Nicht die «Sowjets» haben in Ungarn ein entstehendes Rätesystem mit Panzern niedergewalzt, sondern die Exekutiv- und Exekutionsorgane jener selben Machtgruppe, die in Rußland selber den Rätedenkungen zuerst pervertiert und dann — mit allen andern Ansatzpunkten einer Selbstverwaltung mit allen autonomen und spontanen Formen der Organisation von unten — aus der Wirklichkeit und selbst aus der Erinnerung vertilgt hat. Die *echten* Sowjets aber (und hier ist diese viel mißbrauchte Vokabel «echt» einmal wahrhaft am Platze) standen in Budapest, in Györ, in Miskolc und in Pec auf der anderen Seite der Barrikade: der «Zentrale Arbeiterrat» in der ungarischen Hauptstadt, der sich in den Tagen der Erhebung gebildet und der noch fünf Wochen über den blutigen Sonntag des 4. November hinweg die genuine Autorität der Revolution verkörpert hatte — er war nichts anderes als die exakte magyarische Replik jenes Petrograder Sowjets, in dessen Namen und Auftrag einst die russische Oktoberrevolution sich vollzog.

Die Replik – nicht die Kopie. Gewiß, Erinnerungen an die russische Revolutionsgeschichte (oder, genauer vielleicht, an den revolutionären *Mythos* des «roten Oktober») mögen in die Handlungen jener ungarischen Arbeiter eingeflossen sein, die in den Tagen nach der führerlosen und spontanen Erhebung des 23. Oktober allenorts ihre «Revolutionärsräte» und «Arbeiterkomitees» als improvisierte Leitungsorgane schufen. Aber nicht solche Reminiszenzen waren entscheidend für die Form, in der ein unorganisierter Aufstand sich eine organisatorische Spitze zu geben suchte. Das plötzliche Wieder-auftauchen der Arbeiterräte aus Jahrzehntelanger Vergessenheit hatte einen anderen und sehr viel konkreteren Grund: das Problem, vor dem die ungarischen Revolutionäre standen, war eben in Wirklichkeit dasselbe wie das der russischen Revolutionäre nach dem Sturze des Zaren – und eben deswegen war auch ihre Antwort auf dieses Problem dieselbe.

Die russischen Arbeiter hatten 1917 – wie zuvor schon 1905 – ihre Deputierten zu solchen «Sowjets» gewählt, weil sie das Bedürfnis nach einer Vertretung ihrer Interessen empfanden und es eine solche Vertretung in der Gestalt unabhängiger gewerkschaftlicher Organisationen oder einer einheitlichen Massenpartei nicht gab. Die Gewerkschaften spielten im zaristischen System – soweit dieses solche Organisationen überhaupt zuließ – nur eine denkbar geringfügige Rolle. Und politisch war die revolutionäre Arbeiterbewegung in eine Vielzahl von Gruppen und Grüppchen, «Fraktionen» und Sekten zerspalten, von denen keine über ein breites organisatorisches Fundament im Lande selbst verfügte und deren Führungen größtenteils in der Emigration saßen. Die «Räte der Arbeiterdeputierten» waren in ihrem Ursprung nichts anderes als improvisierte Streikleitungen, die in einer Situation des revolutionären Generalstreiks mit zugleich wirtschaftlichen und politischen Zielen gleichsam von selbst in die Rolle politischer Führungsorgane hineinwuchsen und vor allem in der Hauptstadt zu förmlichen gewählten «Arbeiterparlamenten», damit aber auch, angesichts des Zerfalls der staatlichen Autorität und Verwaltung, gleichsam von selbst zur Keimzelle einer Neben- und Gegenregierung wurden.

Die ungarischen Arbeiter waren in den Tagen nach dem 23. Oktober praktisch in einer durchaus ähnlichen Lage wie die russischen in den Jahren 1905 und 1917: auch sie besaßen keinerlei selbständige Organisation, und auch sie sahen sich darauf angewiesen, eine solche Organisation zu improvisieren. Die lokalen kommunistischen Parteiorganisationen und die Gewerkschaftsleitungen mochten sich wohl mancherorts dem Aufstand anschließen, aber sie waren als Herrschaftsinstrumente eben des totalitären Systems, gegen das sich der Kampf richtete, diskreditiert und schon darum nicht in der Lage, einen Führungsanspruch geltend zu machen. Die Intellektuelengruppen – Schriftsteller, Künstler und vor allem Studenten –

hatten wohl die Revolution geistig vorbereitet und ihren Ideen eine erste Plattform geschaffen, aber sie konnten ihrer Natur nach den Kampf der Arbeiter in den Betrieben und auf den Straßen nicht dirigieren. Die Arbeiterschaft, vom Stalinismus in Zwangsverbänden regimentiert, sah sich in dem Augenblick, da sie sich erstmals zum Handeln im eigenen Namen anschickte, zugleich atomisiert: wollte sie ihre Kräfte zusammenfassen und dadurch zur Geltung bringen, so konnte sie das nur tun, indem sie außerhalb des bestehenden Apparats und gegen diesen Apparat ihre Vertreter bestellte – und zwar dort, wo die wirkliche Basis ihrer Macht lag: in den Betrieben. Und indem die Vertreter aus den verschiedenen Betrieben zusammentraten, war der Zentrale Arbeiterrat als Organ der Arbeiter-Revolution geboren.

Die Arbeiter selber waren sich über diesen Zusammenhang völlig klar. Als Kadar mit einigen seiner engsten Mitarbeiter am 25. November eine Delegation des Budapester Rates empfing, sprach es der Arbeiterdelegierte Sandor Bali ganz offen aus: «Die Arbeiter», sagte er, «haben gar keine andere Wahl, als ihre Macht in den Arbeiterräten zu konzentrieren, bis eine neue Gewerkschaftsorganisation aufgebaut ist.» Und sein Kollege Sandor Nagy stellte bei der gleichen Gelegenheit ganz kühl und selbstsicher fest, die Arbeiterräte müßten nun, zusammen mit den Streitkräften, als die stärkste Macht im Lande betrachtet werden; sie bedürften daher auch der nötigen politischen Vollmachten, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Kadar hat vierzehn Tage später mit seinem Auflösungsdekret und mit dem Standrecht, das er zur Durchsetzung dieses Dekrets verhängte, die Antwort gegeben – die einzige Antwort, die ein Quisling Moskaus auf die Forderung bereit hält, mit den Sowjets (ohne Anführungszeichen!) dort ernst zu machen, wo sie trotz dem Eingriff der «Sowjets» (mit Anführungszeichen) wieder erstanden sind ...

Freilich, wenn in Ungarn wie einst im revolutionären Rußland die Räte «alle Macht» verlangten, dann war das eine Kampflosung und nicht ein Kampfziel. Das Ziel war und blieb die Demokratie. Der Zentrale Arbeiterrat der Ungarischen Waggon- und Maschinenfabrik in Györ hat in dem Augenblick, da er nach der militärischen Niederlage der Revolution die Wiederaufnahme der Arbeit proklamierte, noch einmal die politischen Forderungen der Arbeiter zusammengefaßt, und sein Neunpunkteprogramm ist von der Belegschaft aller Betriebe in der westungarischen Industriestadt aufgegriffen worden: sofortiger Waffenstillstand, Revision des Warschauer Pakts, Pressefreiheit, allgemeine Amnestie, Auflösung der Geheimpolizei und «freie demokratische Wahlen» – und dieses Programm ist in Györ selbst unter der russischen Okkupation von der Zeitung «Hazánk» in ihrer Nummer vom 10. November veröffentlicht worden. Aber dieser Rat hat noch ein übriges getan: er hat den Streik-

abbruch nicht nur mit der Gegenwart der russischen Truppen, mit den Gefahren des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und mit der Inflationsdrohung begründet, sondern auch mit einem Argument revolutionärer Strategie: «Nur wenn die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen zusammen sind, können sie die nötige Kraft darstellen, um die Regierung zur Annahme ihrer berechtigten Forderungen zu zwingen.»

Das ist die klare Sprache der Revolution: dieselbe Sprache, wie sie in einer ähnlichen Lage der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten dutzendmal zwischen dem Februar und dem Oktober 1917 gesprochen hat zu jener Zeit, da dieser Sowjet noch ein Organ des Volkes und seiner Selbstregierung war und nicht die kümmerliche Fassade vor dem Gefängnisbunker der Partei-Diktatur.

In Ungarn sind die Arbeiterräte wieder geworden, was sie in den entscheidenden Phasen der russischen Revolution gewesen sind: Revolutionsorgane. Aber der Rätegedanke hat auch von einer anderen Seite her wieder neue Lebenskraft gewonnen: in jenen Ländern, in denen die Räte ohne revolutionäre Erschütterung des Staatsapparates als Träger neuer *ökonomischer* Funktionen errichtet worden sind. Neben dem Beispiel der russischen Revolution ist auch in Ungarn, vor allem aber in Polen der Impuls wirksam geworden, der vom «Rätesozialismus» des titoistischen Jugoslawiens ausging.

Gewiß, die «Arbeiterräte» Titos sind nicht im Kampf gegen das kommunistische Regime entstanden, sondern als Ausdruck und Instrument dieses Regimes, zu der Zeit, da es sich nach seinem Bruch mit dem Weltkommunismus nachträglich etwas wie einen «demokratischen» Unterbau (und, zugleich, eine ideologische Recht fertigung) zu schaffen suchte. Sie sind nicht Organe der Revolution von unten zur Zerschlagung des bürokratisch-zentralistischen Zwangsapparats, sondern Schöpfungen einer «Revolution von oben», die in diesen Apparat hineingestellt und von ihm dirigiert wurden. Aber wenn sie auch unter kommunistischer Kontrolle stehen und sich strikt in die Bindungen der staatlichen Wirtschaftspolitik einzufügen haben, so haben sie nichtsdestoweniger wenigstens ein Element der «Wirtschaftsdemokratie» und der ökonomischen Selbstverwaltung in die totalitären Staatsstruktur Jugoslawiens hineingebracht. Sie haben vor allem, bei allen Hemmungen, denen ihr Funktionieren praktisch unterlag, einen Weg der ökonomischen Dezentralisierung in einer vollsozialisierten Wirtschaft zum mindesten angezeigt: Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiterschaft ist ihrem Wesen nach unvereinbar mit dem Fortbestand eines bürokratischen Planungsmechanismus russischen Typs und vereinbar nur mit einer (wie immer eingeschränkten und manipulierten) sozialistischen Marktwirtschaft; sie ist daher überhaupt nur zu realisieren im Ge-

samtzusammenhang eines tiefgreifenden Umbaus der Wirtschaftsstruktur schlechthin.

Es besteht auf Grund der praktischen Erfahrungen in Jugoslawien kein Grund, dieses titoistische System der Arbeiterräte als Wirtschaftsträger zu idealisieren. Aber das ändert nichts daran, daß dieses System eine ungeheure Anziehungskraft entfaltete, als nach dem Tode Stalins und dem Beginn des osteuropäischen «Tauwetters» die lebendigsten Kräfte in den Volksdemokratien allenthalben nach neuen, menschlicheren, demokratischeren sozialistischen Ordnungsvorstellungen Ausschau zu halten begannen. Berichte über die jugoslawischen Arbeiterräte, die sich vor allem in der polnischen Presse bald nach der Versöhnung mit Belgrad häuften, haben die Phantasie der polnischen nationalkommunistischen Reformer wesentlich befruchtet. Nicht minder bezeichnend als diese leicht belegbare historische Feststellung ist eine andere: daß in all den zahlreichen Darstellungen und Reportagen über den «jugoslawischen Weg zum Sozialismus», die sich seit dem ersten Besuch Chruschtschows und Bulganins bei Tito in den sowjetrussischen Zeitungen fanden (und die erst seit der neuen Spannung zwischen Moskau und Belgrad wieder einem verbitterten Schweigen Platz gemacht haben), diese interessanteste und eigenartigste Schöpfung des «Titoismus» immer sorgfältig verschwiegen wurde – ohne Zweifel auf höhere Anweisung und gemäß einer von der Parteiführung herausgegebenen «Sprachregelung». Die russische Führerschaft erkannte offenbar frühzeitig, welche revolutionären Sprengkräfte in dieser Institution stecken und wie sehr diese Kräfte ihr ökonomisches System gefährden könnten, wenn womöglich die Arbeiterschaft in der Sowjetunion auf den Gedanken kommen sollte, in diesem Punkte von den Jugoslawen zu lernen.

Um so weniger wird es verwundern, daß das Polen Gomulkas gerade zu der Zeit, da die Räte in Ungarn um ihre Anerkennung und ihren politischen Einfluß rangen, seine Betriebsorganisation nach dem jugoslawischen Modell umzugestalten begann (tatsächlich sind übrigens die Arbeiterräte in einzelnen Betrieben, u. a. in Polen, bereits vor dem polnischen Führungswechsel spontan errichtet und von der Parteiführung «experimentell» zugelassen worden). Wobei man eines nicht übersehen darf: es ist etwas grundsätzlich anderes, ob die Bildung solcher Organe, wie das in Jugoslawien geschah von oben angeordnet und von einem intakten Staats- und Parteiapparat gesteuert und überwacht wird, oder ob sie sich in einer Atmosphäre des revolutionären Enthusiasmus vollzieht, wie sie seit Oktober in Polen besteht. Die jugoslawische Arbeiterschaft hat mit den Räten nicht übermäßig viel anfangen können, schon weil diese Einrichtung im Klima des (wenn auch gemäßigten) tito-kommunistischen Polizeistaats in ihrem Wachstum und in ihrer Lebenskraft von Anfang an gehindert war – ein ökonomisch-soziales

Pendant gewissermaßen zu den vom Monarchen erlassenen oder verordneten Pseudo-Konstitutionen des späten Absolutismus. In einem Land wie Polen aber, wo dieser Gedanke von unten aufgegriffen und zum Vehikel eines spontanen, aus der Arbeiterschaft selber herauswachsenden Reformwillens gemacht wird, wohnt ihm schon *in statu nascendi* eine ganz andere Energie inne.

«Selbstregierung der Arbeiterschaft» tauchte in den Tagen des polnischen Umsturzes auf zahlreichen Arbeiterversammlungen als Kernstück der Forderungen auf, die aus den Betrieben an Regierung und Parteileitung ergingen. Am 19. Oktober definierte eine Resolution der Jungarbeiter aus dem Lenin-Kombinat in Nova Huta bei Krakau diese «Selbstregierung» als die «Uebergabe der vollen Gewalt in den Betrieben an die Arbeiterklasse und das Recht der arbeitenden Massen, Entscheidungen über die Zukunft des Landes zu treffen». Und auf einer Parteiversammlung in Lodz, an der Delegierte der Belegschaft aus den Warschauer Autowerken des Vortrupps der «gomulkistischen» Arbeiterschaft in der Hauptstadt teilnahmen, wurden diese beiden Gedanken noch deutlicher in einen einzigen zusammengefaßt: «Die Arbeiterdemokratie wird zur allgemeinen sozialistischen Demokratie weiterführen, von der Kontrolle und der Leitung des Betriebs durch die Arbeiterschaft zur Kontrolle und Leitung der ganzen Volkswirtschaft.»

Hier schlägt die ökonomisch-soziale Reformforderung unmittelbar in die politische über. Die Räteidee, wie sie in Polen begriffen und ergriffen wird, als Idee der «Selbstregierung», ist nichts anderes als die Idee der Demokratie, angewandt auf die «sozialistische» Gesellschaft und den «sozialistischen» Staat. Die toten Begriffe, mit denen ein Jahrzehnt lang «volksdemokratische» Propaganda manipuliert hat, beginnen wieder zum Leben zu erwachen. Die Revolution besinnt sich auf die Instrumente, die einst im Kampf gegen den Zarismus und seine schwachen Nachfolger geschmiedet wurden, und wendet diese Instrumente gegen den Stalinismus und seine nicht minder schwachen Erben. Die Attrappe der Diktatur wird zum Bauelement einer neuen Freiheit. Oder nur einer neuen Utopie? Es wäre voreilig, das vom sicheren Sessel aus prophezeien zu wollen.

F. R. Allemann, Bonn.